

# Österreichisches Jahrbuch für Politik 2012

Herausgegeben von Andreas Khol,  
Günther Ofner, Stefan Karner und Dietmar Halper

Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

KARL AIGINGER

## Ein wissenschaftliches Projekt zur Veränderung Europas<sup>1</sup>

*Die EU ist ein Erfolgsmodell, das von sechs Mitgliedern ausgehend nun 28 Mitglieder hat. Mindestens weitere zehn Länder wollen beitreten. Es gibt eine gemeinsame Währung für die Mehrzahl, und die meisten anderen Länder streben sie an. Es gibt Frieden in einem historisch zerstrittenen Kontinent. Dennoch befindet sich das Modell in einer Midlife Crisis, weil das europäische Gebäude nicht stabil genug gebaut ist. Die nationalistischen Interessen überwiegen und die gegebene Vielfalt wird nicht als Chance sondern als Problem gesehen. Heute erlebt Europa eine Rezession, die Wirtschaftsleistung liegt unter dem Vorkrisenniveau, die Arbeitslosigkeit liegt über 10%, während die Weltwirtschaft um 20% und China um 40% gewachsen sind. Ein wissenschaftliches Projekt mit 33 europäischen Partnern unter Führung des WIFO analysiert die Voraussetzungen für einen neuen, eigenständigen, offenen Kurs Europas, bei dem sozialer Zusammenhalt, Vielfalt und ökologische Exzellenz zu Triebkräften des europäischen Erfolges werden und die Probleme Südeuropas proaktiv in Angriff genommen werden. So kann Europa inklusive Nachbarn auch 2030 noch der größte Wirtschaftsraum in der globalisierten Welt mit dem besten sozio-ökonomischen Modell sein. Das Projekt WWWforEurope soll ein Kompass für die Europa-2020-Strategie sein, aber darüber hinaus Europa transformieren und begleiten.*

<sup>1</sup> Der Autor dankt Dagmar Guttman und Eva Sokoll für wissenschaftliche Assistenz, Margit Schratzenstaller für Kommentar.

## 1. Notwendigkeit eines Kurswechsels

Europa ist ein Erfolgsmodell in einer Midlife Crisis. Die Entscheidungen, die hier 2012 getroffen wurden bzw. in den nächsten Jahren zu treffen sind, werden entscheiden darüber, ob Europa im Jahr 2030 als *interessante Schrebergartensiedlung* mit überraschender kultureller Vergangenheit angesehen wird oder als *Zentrum des größten Wirtschaftsraumes* der Welt. Ein Kontinent, der auch von Ländern im Schwarzmeerraum und in Nordafrika als Mittelpunkt „ihrer“ geopolitischen Region gesehen würde im Gegensatz zu „Amerika“, „Südostasien“ und „Neuem Russland“. Um eine wichtige Rolle zu erreichen, müsste Europa allerdings ein sozio-ökologisches Modell entwickeln und umsetzen, das jede andere Region in der globalisierten Wirtschaft schrittweise als vorbildlich ansieht (umso mehr, je höher entwickelt sie selbst sind).

Die notwendigen Veränderungen in der europäischen Politik und in dem staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Regelwerk, die notwendig sind für den Erfolg Europas, sind in Ansätzen bekannt. Sie bestimmen die Erweiterungsstrategie nach Osteuropa, sie wurden in der Lissabon-Strategie 2000 der EU dokumentiert und in die Europa-2020-Strategie eingebaut. Bisher wurden allerdings beschlossene Strategien nie durchgehalten: Tatsächlich sind erstens die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, etwa zwischen Nordeuropa und Südeuropa, gestiegen, zweitens wurden die Forschungs-, Bildungs- und Umweltziele immer verfehlt. Drittens liegt die Arbeitslosigkeit über zehn Prozent – mit steigender Tendenz und steigender Ungleichheit.

Vor diesem Hintergrund hat die EU im Rahmen ihres 7. Rahmenprogramms ein wissenschaftliches Projekt ausgeschrieben, das den notwendigen Wandlungsprozess vier Jahre lang kritisch begleiten wird. Das Forschungsprogramm soll die Notwendigkeit und die Optionen der Veränderungen dokumentieren, die Hindernisse, die es bei ähnlichen Reformprozessen gegeben hat, analysieren, und auch die Frage beantworten, wie Reformkräfte mobilisiert werden können, die die Veränderung unterstützen. Es wurde von einem Konsortium unter Führung des WIFO gegen stärkste internationale Konkurrenz gewonnen. Dem Projekt wurde das Akronym WWWforEurope (Welfare, Wealth and Work) gegeben. Als bisherige Ergebnisse dieses jungen Forschungsprogramms werden im *ersten Policy*

*Brief* Empfehlungen für die Veränderung der wirtschaftspolitischen Steuerung (Lenkung, Governance) Europas zusammengefasst. Der *zweite Policy Brief* kritisiert die bisherige europäische Politik in Griechenland, Portugal und Spanien und schlägt eine neue Strategie für Südeuropa vor.

Wir beschreiben die bisherigen Erfolge und Misserfolge Europas, dann das Forschungsprojekt (dieser Teil folgt der Darstellung in AIGINGER/EDERER/SCHRATZENSTALLER, 2012; diese Autoren sind auch Projektleiter bzw. Koordinatoren) und schließlich wichtige Ergebnisse aus den ersten Projektteilen und Elemente einer Vision für Europa 2030.

## 2. Europa – ein Erfolgsmodell in der Midlife Crisis

Die makroökonomische Performance Europas ist seit Mitte der 1990er-Jahre enttäuschend, insbesondere was Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung betrifft. Die Arbeitslosenquote erreicht vor allem in den hochverschuldeten Ländern des Euroraumes Rekordwerte, liegt aber auch im EU-Durchschnitt über zehn Prozent. Einige periphere Länder weisen Doppeldefizite auf (Budget- und Leistungsbilanzdefizit).<sup>2</sup>

Konjunkturell war 2012 für Europa ein düsteres Jahr. Die europäische Wirtschaftsleistung ist trotz eines weltwirtschaftlichen Wachstums von drei Prozent um ein halbes Prozent gesunken. Und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag dabei um zwei Prozent unter dem Wert vor der Finanzkrise. Im Gegensatz zu dem Land, das uns die Krise weitergeleitet hat: Die US-Wirtschaft wuchs um zwei Prozent und liegt damit um drei Prozent über dem Output vor der Krise. China ist in der Zwischenzeit um 42 Prozent gewachsen. Das Zentrum der Weltwirtschaft hat sich bleibend vom Atlantik in den Pazifik verschoben (genauer nach Asien).

Ist Europa nicht mehr wettbewerbsfähig, kann es nicht mehr exportieren? Ist es zu teuer im Vergleich zu den USA, wird es von Importen aus Asien überschwemmt? Alle diese Fragen sind zu verneinen. Europa hat eine ausgeglichene Außenbilanz, Exporte und Importe sind gleich hoch. Der

<sup>2</sup> Vgl. etwa AIGINGER (2007), AIGINGER/SCHRATZENSTALLER (2011), AIGINGER (2012), SCHRATZENSTALLER (2012).

Anteil am Weltexport ist in Europa wie in jedem Industrieland rückläufig, aber deutlich weniger als in den USA. Die USA haben ein Defizit der Leistungsbilanz und versuchen verzweifelt, billiger zu werden, z. B. durch Ausbeutung von Energiequellen, die nur durch äußerst problematische Methoden zu gewinnen sein werden.

Europa macht sich die Probleme selbst. 27 Länder versuchen, sich auf Kosten anderer Länder oder von gemeinsamen Zielen zu profilieren, jedes Land mit einem Blick zurück statt nach vorne.

Dennoch ist Europa ein Erfolgsmodell. Als nach dem Zweiten Weltkrieg sechs Länder beschlossen, ihre Stahlindustrie gemeinsam zu verwalten, glaubte niemand, dass die Europäische Gemeinschaft einmal 27 Mitglieder erfassen wird (28 ab Mitte 2013), mit zehn weiteren Staaten, die an die Tür klopfen. Niemand hätte geglaubt, dass man ohne Grenzkontrollen durch weite Teile Europas fahren kann, oder dass es eine gemeinsame Währung geben würde. Oder dass 60 Jahre Frieden in diesem ewig zerstrittenen Kontinent währen würden. Und dass dieser Tatbestand durch den Friedensnobelpreis gekrönt werden könnte.

Aber das Erfolgsmodell befindet sich in der Midlife Crisis. Die Strukturen passen nicht mehr in eine globalisierte Welt, in der sich das wirtschaftliche Schwergewicht nach Asien verlagert hat, in der Afrika erwacht, in der sich Informationen in Sekundenschnelle über die Welt verbreiten. Europa ist nicht robust genug für eine Währungsunion, in der es unterschiedliche Prioritäten, Sozialsysteme, Verwaltungen gibt. Der „Kern“ Europas ist reich und gut verwaltet, aber wenig dynamisch. Die Nachbarn sind ehrgeizig und wollen rasch das Wohlstandsniveau Europas erreichen. Westeuropa hat eine schrumpfende und alternde Bevölkerung, die Nachbarn haben Energiereserven und einen Geburtenüberschuss. Der Süden Europas ist in einer Sandwich-Position. Jahr für Jahr hatte er den Abstand zum „Kern“ verringert (AIGINGER/HUBER/FIRGO, 2012). Jetzt wird die wirtschaftliche Rolle der südeuropäischen Länder vom Osten und neuen Industrieländern eingenommen.

Diese Unsicherheit hat dazu geführt, dass die Euro-Staaten im Durchschnitt heute mehr Zinsen für eine niedrigere Staatsschuld zahlen als die USA, Japan (und Großbritannien), die alle einen wesentlich höheren Schuldenstand relativ zur Wirtschaftsleistung haben. Jedes Land wird alleine bewertet, besonders auch die Wahrscheinlichkeit, dass es seine Schul-

den nicht bedienen kann. Das bewirkt, dass kleinere Defizitländer praktisch kein Geld mehr bekommen und auf Hilfe von außen angewiesen sind. Und dass Deutschland Kredite zu einem Zinssatz aufnehmen kann, der unter der Inflation liegt – da schaut das Budgetdefizit dann gleich niedriger aus. Den Preis müssen Deutschland und auch Österreich allerdings in einer anderen Form zahlen. Die Unsicherheit, die durch die Zersplitterung Europas und durch die Krise im Süden entstanden ist, lähmt die Risikoneigung der Investoren. Unternehmen haben trotz hohem weltwirtschaftlichen Wachstums und trotz verfügbarer Liquidität nicht investiert. Und Europa schlitterte mitten in einer wachsenden globalisierten Welt in eine Rezession: Ohne die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verloren zu haben.

Die Renovierung unseres europäischen Hauses ist notwendig, weil nur ein *stärkeres, offenes und großes Europa* in der Globalisierung bestehen kann. Ein wie immer definiertes „Kerneuropa“ verliert jedes Jahr an Marktanteilen und an Bedeutung und wird in wenigen Jahren weniger als ein Zehntel der Weltwirtschaft darstellen. Ein Europa inklusive Nachbarländern kann auch 2050 noch die *größte Wirtschaftszone der Welt* sein und wird gleich schnell oder schneller wachsen als die USA. Die Voraussetzung für ein großes und stabiles Europa ist, einerseits die interne Heterogenität dort zu verringern, wo es sinnvoll ist, andererseits mit den verbleibenden Unterschieden *positiv* umzugehen. Mit anderen Worten, aus der Unterschiedlichkeit einen Vorteil zu schöpfen, sie für mehr *Kreativität, Vielfalt und Wohlfahrt* zu nützen.

### 3. Das Projekt „WWWforEurope“

„Welfare, Wealth and Work for Europe – WWWforEurope“ ist ein integratives Forschungsprojekt der Europäischen Kommission mit einer Laufzeit von vier Jahren (April 2012 bis März 2016). Es wurde von der Generaldirektion Forschung und Innovation im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm ausgeschrieben und wird von der Europäischen Kommission finanziert.

Experten und Expertinnen von 33 wissenschaftlichen Institutionen aus zwölf EU-Ländern bilden das Projektkonsortium. Der Forschungsansatz ist interdisziplinär: In das Team sind Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den Disziplinen Ökonomie, Ökologie, Geschichts- und Politikwissenschaft, Demografie und Genderforschung eingebunden.

Das Qualitätsmonitoring wird durch einen hochrangigen Wissenschaftlichen Beirat garantiert. Ein Wirtschaftspolitischer Beirat sichert die Einbeziehung wichtiger Stakeholder aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Eine wesentliche Aufgabe des Projektes ist, die Forschungsergebnisse in einem kontinuierlichen Austauschprozess mit Politik und Stakeholdern auf allen Ebenen zu diskutieren.

### Die Forschungsschwerpunkte von WWWforEurope<sup>3</sup>

Ziel des Forschungsprojektes ist es, Grundlagen für die sozioökologische Transformation zu erarbeiten und operationale Konzepte für deren Umsetzung zu entwickeln. Dazu werden fünf Schwerpunkte angesprochen, die dann in einer Synthese (Schwerpunkt 6) zusammengefasst werden:

- *Schwerpunkt 1* setzt sich mit den *Herausforderungen an den europäischen Wohlfahrtsstaat* auseinander und analysiert die Auswirkungen von Globalisierung, Demografie, Entwicklung neuer Technologien und Post-industrialisierung auf die Strukturen des Wohlfahrtsstaates.
- *Schwerpunkt 2* widmet sich der *ökologischen und biophysischen Dimension* der sozioökologischen Transformation. Wie ökologische Nachhaltigkeit auf Wachstum und Beschäftigung wirkt, ist dabei eine zentrale Frage mit weitreichenden Konsequenzen für Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik. Dies wird von traditionellen, am Bruttoinlandsprodukt (BIP) orientierten Indikatoren der Wirtschaftspolitik nur unzureichend abgebildet.
- *Schwerpunkt 3* beschäftigt sich mit den *Treibern des Wandels*, insbesondere mit Innovation und der Verantwortung von Innovations- und Industriepolitik für die Ausgestaltung des Innovationssystems und der Produktionsstrukturen. Forschung und Innovation sind ja selbst Kernfaktoren des Wachstums. Innovations- und Industriepolitik sind damit aber auch wichtige Instrumente der sozioökologischen Transformation.

- *Schwerpunkt 4* untersucht *Strukturen der Governance und Institutionen auf der EU-Ebene*, die für die sozioökologische Transformation wesentlich sind. Ein neuer Wachstumspfad erfordert substanzielle Änderungen in Richtung einer konsistenteren und besser koordinierten makroökonomischen Politik in der EU. Dabei ist das unterschiedliche Entwicklungsniveau von Regionen und Ländern zu berücksichtigen.
- *Schwerpunkt 5* fokussiert auf die *Rolle der Regionen* in der sozioökologischen Transformation. Dies setzt an bei der Erforschung der institutionellen Voraussetzungen für die Transformation auf der urbanen und ländlichen Ebene, führt weiter mit der Rolle regionaler Arbeitsmärkte und der Bedeutung kultureller Diversität und reicht bis zur Frage, welche Rolle die Regionalpolitik der EU für die Dynamik der Transformation spielen kann.
- *Schwerpunkt 6* widmet sich der *Synthese und Integration der Schwerpunkte 1 bis 5*. Hier sollen die möglichen Trade-offs, aber auch Synergien zwischen den Teilzielen einer sozioökologischen Transformation identifiziert werden. Zentrale Anliegen sind ein vergleichender Überblick über unterschiedliche Modelle zur Abschätzung der Folgen einer sozioökologischen Transformation sowie das Einholen der Feedbacks von Politik und Wissenschaft und die Identifikation von Indikatoren zur Messung des Fortschrittes einer sozioökologischen Transformation.

Soziale und ökologische Ziele sind für Europa nicht neu. Sie wurden als Neben- bzw. Teilziele allerdings nie konsequent verfolgt und bei Widerstand aufgegeben. Vor allem mit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gerieten sie in den Hintergrund: So wurde etwa die Chance, Konjunktur- und Konsolidierungsprogramme in eine langfristig orientierte, konsistente Strategie einer sozioökologischen Transformation zu integrieren, insgesamt nur unzureichend genutzt. Bislang werden die Ziele einer sozioökologischen Transformation lediglich im Rahmen von Teilpolitiken verfolgt, etwa in Treffen der Umweltminister und -ministerinnen oder wenn die Sozialpartner Ziele und Maßnahmen formulieren. Sie sind jedoch nicht Teil einer konsistenten langfristigen Strategie.

Belege für die Umsetzungsdefizite der europäischen Wachstumsstrategie, die seit dem Scheitern der Lissabon-Agenda der 2000er-Jahre im Rah-

<sup>3</sup> AIGINGER/EDERER/SCHRATZENSTALLER 2012 siehe auch: <http://www.foreurope.eu/>

men der Europa-2020-Strategie verfolgt wird, liegen zahlreich vor. So sieht etwa das „Europäische Semester“ grundsätzlich eine Gesamtbeurteilung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer vor. Insbesondere sollen gleichzeitig die Einhaltung der Budgetziele und die Umsetzung wachstumsförderlicher Maßnahmen beurteilt werden. De facto dominiert die Beurteilung der Haushaltsgebarung und insbesondere der Konsolidierungsmaßnahmen, nicht der Struktur („Qualität“) der öffentlichen Finanzen: Ob die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen wachstums- und beschäftigungsfördernd sowie umweltfokussiert sind, spielt eine untergeordnete Rolle. Wachstumsziele und Vollbeschäftigung finden kaum Erwähnung<sup>4</sup>

Die Lissabon-Strategie etwa zur Steigerung der Forschungsausgaben und Verbesserung der Bildungsergebnisse scheiterte u. a. deshalb, weil sich die wirtschaftspolitische Strategie der EU auf Liberalisierung und die Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit fokussierte, flankiert von einer starken Stabilitätsorientierung. Darüber geriet die aktive Forcierung von Wachstum und Beschäftigung in den Hintergrund. Es wurde nicht ausreichend auf die Qualität des Wachstums geachtet: hinsichtlich seiner Fähigkeit, Armut zu bekämpfen und die soziale Inklusion zu verbessern, aber auch in ökologischer Hinsicht. Investitionen in wichtige Wachstumstreiber wie Ausbildung, Bildung, Forschung, soziale und ökologische Innovationen wurden sowohl in der Verwendung der EU-Mittel als auch auf der nationalen Ebene vernachlässigt mit dem Ergebnis, dass die EU nun insgesamt an Wachstumsschwäche und hoher Arbeitslosigkeit leidet, die Klimaziele verfehlt werden, die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen steigt und gravierende Defizite in der Gleichstellung von Frauen und Männern fortbestehen.

### Die Rolle der Forschung

Forschung ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen einer (wirtschafts)politischen Strategie: Die Strategieziele müssen akzeptiert und gut begründet, die Meilensteine für die Umsetzung der Strategie bekannt

und objektiviert, und für Erfolge und Voraussetzungen sowie für Misserfolge und Hindernisse müssen Belege vorliegen. Strategien dürfen nicht politisch „verwässert“, wegen nationaler Wahlen zurückgestellt und kurzfristig an Tagesziele angepasst werden.

### 4. Zentrale Weichenstellungen und eine Vision

Das vierjährige Forschungsprogramm hat im April 2012 begonnen. Es wurde ein gemeinsames Verständnis im Forschungsteam bezüglich dreier wichtiger Vorfragen erarbeitet, und die Ergebnisse, die für europäische Entscheidungen besonders wichtig sind, wurden in zwei Policy Briefs zusammengefasst.

Die drei Vorfragen sind:

- Soll Europa zurück zu einem „Kerneuropa“ oder soll es sich den *Nachbarn weiter öffnen*?  
Die Antwort fällt leicht, wenn man nachrechnet. Zu einem Kerneuropa würden Deutschland plus Nachbarn (von Finnland und den Niederlanden bis Österreich) gehören. Frankreich wird in der Diskussion in der Regel dazugezählt, könnte aber bestenfalls politisch bedingtes „Ehrenmitglied“ werden, weil es mit einem hohen Budgetdefizit und einem hohen Exportdefizit keine der Stabilitätsbedingungen erfüllt. Kerneuropa inkl. Ehrenmitglied *wächst langsamer* als die heutige EU, wird in wenigen Jahren unter 10 Prozent der Weltwirtschaft darstellen. Es verliert an Wettbewerbsfähigkeit, da der Wechselkurs steigt. Österreich wird wieder Grenzregion. Ein Europa inklusive Nachbarn (vom Schwarzmeerraum bis Nordafrika) wächst rascher als die USA, wäre auch 2030 noch größte Wirtschaftsregion (wie es die EU-27 heute ist, aber von allen englischsprachigen Medien verschwiegen wird).
- Soll Europa eine *Low-Road-Strategie* gehen oder eine *High-Road-Strategie*?  
Eine Low-Road-Strategie bedeutet extreme *Zurückhaltung bei Löhnen*, ein Zurückfahren von Sozialleistungen, Mindestlöhnen und -standards und Verzicht auf Energieeffizienz. Wettbewerb erfolgt vor allem

4 Vgl. etwa EDERER et al. (2011) EDERER-JANGER (2011)

durch niedrige Kosten. Eine High-Road-Strategie hingegen bedeutet Konkurrenzfähigkeit durch *Bildung und Forschung*, Training von benachteiligten Gruppen, bisher Minderqualifizierten, Migranten und Migrantinnen, Nutzung der Umwelttechnologie und alternativen Energie zuerst im Inland und dann für den Export. Während eine Low-Road-Strategie oft vorübergehend erfolgreich aussieht, führt sie nie zu einem nachhaltigen Erfolg. Kosten niedrig halten können nämlich immer die Länder mit niedrigeren Einkommen besser. Hochlohnländer können nur durch Qualitätsstrategie gewinnen.

- Soll Europa dem US-Modell nachstreben oder ein Modell entwickeln, das auf den eigenen Stärken und Präferenzen fußt? Das US-Modell ist heute das effizienteste Modell im Sinne hoher Wirtschaftsleistung pro Kopf. Die hohen Einkommensunterschiede und die Stagnation (oder das Sinken) der Einkommen des Mittelstandes in den USA, die geringe Freizeit und der hohe Energieeinsatz sind keine anzustrebende Zielsetzung für ein Land mit hohem Einkommen. Die Bevölkerung will Wohlfahrt im Sinne von hohem Einkommen, sozialer Sicherheit, Wahlmöglichkeiten zwischen Freizeit und Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit.

### Vision eines europäischen Modells 2030

Die Vision eines Europa 2030 wird im Forschungsprojekt entwickelt. Sie sollte jedenfalls die folgenden Elemente enthalten:

- Europa ist der Wirtschaftsraum mit der besten Ausbildung und hoher Forschungsleistung
- Die sozialen Unterschiede sind geringer, die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als heute
- Europa ist führend bei Energieeffizienz, alternativer Energie und Umwelttechnologie
- Europa ist offen für neue Mitglieder und Partner, die Teile des europäischen Modells übernehmen wollen
- Europa gestaltet aktiv die Regeln der globalisierten Weltwirtschaft mit.

### 5. Die Hauptergebnisse der ersten beiden Policy Briefs

Der erste Policy Brief beschäftigt sich mit der Frage, wie die europäischen Steuerungsstrukturen verändert werden müssen, damit Europa auf einen dynamischen, ökologischen und sozialen Kurs umschwenken kann. Der zweite Policy Brief widmet sich der Frage, wie die Probleme in den südeuropäischen Ländern gelöst werden können.

Die Ergebnisse der „Governance Empfehlungen“ und der „Periphery Empfehlungen“ können in folgenden vier Punkten zusammengefasst werden:<sup>5</sup>

- **Krisensicherheit stärken:** Wenn wieder Krisen kommen, muss Europa besser aufgestellt sein, damit es nicht Grippe bekommt, wenn die USA ein Schnupfen plagt. Das erfordert eine teilweise Vergemeinschaftung der Schulden durch Eurobonds oder einen Schuldentilgungsfonds gegen Vorlage eines Konsolidierungs- und Wachstumskurses. Europa braucht einen automatischen Stabilisierungsmechanismus, der gleich in Kraft tritt, wenn es in einem Land Probleme gibt, und nicht erst fünf Gipfeltreffen später.
- **Strategiewechsel in Südeuropa:** Die Wirtschaften Griechenlands, Portugals, Spaniens (und auch Süditaliens) haben mit der Konsolidierung begonnen, die Schulden steigen aber noch immer und die Arbeitslosigkeit beträgt 20 Prozent. Um wieder zu Wachstum zu kommen, müssen die Länder Reformstrategien entwickeln, die auf den eigenen Stärken beruhen. Die Industrie muss wieder aufgebaut werden. Der Tourismus muss quantitativ und qualitativ zulegen. Firmen Gründungen und Technologietransfer müssen Priorität haben, nicht die Senkung von Löhnen. Die Verantwortung der Überschussländer muss angesprochen werden, auch Obergrenzen für Einkommensunterschiede haben einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft. Umwelttechnologien müssen forciert werden, raschere Technologietransfers können Ungleichgewichte reduzieren.

<sup>5</sup> AIGINGER/GRAMME/EDERER/LIDDLE/THILLAYE (2012; „Governance Policy Brief“); AIGINGER/HUBER/FIRGO (2012; „Periphery Policy Brief“)

- **Vision statt Austerity:** Eine Änderung der Kommunikationsstrategie ist nötig: Letztliches Ziel der europäischen Politik kann nicht sein, Krisen abzumildern, sondern Wachstum, Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit, also die Wohlfahrt, zu erhöhen. Eine positive Vision verändert nicht nur die Stimmung, sondern auch die Konsolidierungsprogramme. Dann werden Bildung und Innovation gefördert und Bürokratie und Militär gekürzt.
- **Wachstum und Beschäftigung als vorrangige Ziele:** Europa darf nicht die am schwächsten wachsende Region bleiben, mit zweistelliger und steigender Arbeitslosigkeit, mit einem Viertel Jugendarbeitslosigkeit. Ökologie und soziale Innovation (Gesundheit/altersgerechte Arbeitsplätze) sind Wachstumsfaktoren neben Kinderbetreuung, lebenslangem Lernen, Bildung, Integration von Migrantinnen und Migranten. Budgets müssen umgeschichtet werden auf der Ausgaben- und Einnahmenseite, damit Wachstum und Beschäftigung steigen und ökologischer werden. Die ersten Einnahmen der Finanztransaktionssteuer sollen dafür genutzt werden, die Investitionen zu beleben und ökologischer zu gestalten, dann sollen sie genutzt werden, die Steuern auf Arbeit zu senken.

## 6. Zusammenfassung

Für Europa war 2012 eine große Enttäuschung. Die Wirtschaftsleistung lag 2012 niedriger als im Vorjahr und auch niedriger als vor der Krise. Im Gegensatz zu den USA (die die Krise primär verursacht hatten) und im Gegensatz zu China, das 40 Prozent mehr produzierte als 2009. Die Arbeitslosigkeit in Europa lag höher als in den USA, sie steigt in Europa und fällt in den USA.

Gegen Jahresende ist eine gewisse Stabilisierung eingetreten, die Zinssätze sind gesunken, auch das Vertrauen der Unternehmen und der Konsumenten hat sich erholt. Eine der Ursachen dafür war, dass – nach langem Zaudern und stetigem Blick der Politiker auf die politische Stimmung im eigenen Land – sich die EZB entschlossen hat, eine Garantie abzugeben, dass sie *alles tun* wird, um die Wirtschaft zu stabilisieren, und dass die Regierungen am Juni-Gipfel beschlossen haben, sich nicht ein Land nach dem

anderen herauschießen zu lassen. Reformansätze wurden mit einem Zeitplan versehen (Fiskalpakt, Bankenunion etc.).

Die mittelfristigen Probleme sind damit nicht gelöst. Der größte Teil Europas gehört zu einer Währungsunion, in der die wirtschaftspolitischen Instrumente, die eine gemeinsame Währung benötigen würde, entweder nicht geschaffen oder nicht konsequent angewendet/eingesetzt wurden. Als dann die Finanzkrise die wirtschaftliche Stabilität Europas auf den Prüfstand stellte, konnten sich einige Mitglieder nicht mehr selbst auf den Kapitalmärkten finanzieren. Die Reformstrategien in den Krisenländern waren einseitig restriktiv, die stabileren Länder trugen wenig zum Wachstum bei und waren zu jeder Hilfe oder Reform nur zu spät und mit zu geringem Einsatz bereit. So zahlen die Länder des Euro-Raumes im Durchschnitt für eine niedrigere Staatschuld höhere Zinsen als Japan, Großbritannien und die USA. Und das ist keine gute Basis für einen Konsolidierungsprozess.

Europa braucht einen neuen wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Kurs. Es darf *nicht der Illusion* erliegen, ein kleineres Europa (ohne „Sünder“ im Süden und abgeschottet von den Nachbarn im Osten) könne die Lösung sein. Kerneuropa (als „Germany plus friends“ definiert) ist die am langsamsten wachsende Region der Welt. Europa darf *nicht durch Lohnsenkungen* und Verringerung der Kosten für sozialen Zusammenhalt versuchen, mehr zu exportieren, sondern primär in Ausbildung und Innovation investieren. Drittens sollte Europa seine bisherigen Stärken nutzen (z. B. die bessere Balance zwischen Einkommen und sozialen Zielen, die stärkere Priorität für Umwelt, den höheren Stellenwert für Freizeit und Work-Life-Balance und die höhere Lebenserwartung), um eine Vision eines *anspruchsvollen Gesellschaftsmodells* zu entwickeln, das sich vom US-amerikanischen und vom aufstrebenden asiatischen unterscheidet.

Die Europäische Kommission hat ein Forschungsprojekt initiiert, in dem die *Transformation* Europas zu einem neuen *Entwicklungs- und Wachstumspfad* wissenschaftlich untersucht und begleitet wird. Ein wissenschaftliches Projekt soll dazu dienen, die Ziele klarer zu definieren. Instrumente, mit denen die Ziele erreicht werden können, Hindernisse für Reformen und Reformpartnerschaften sollen empirisch analysiert werden. Das WIFO ist beauftragt, den Entscheidungsträgern in Europa mit 32 Partnern vier



Jahre zu helfen, die notwendigen und gewünschten Veränderungen umzusetzen

Als erste Ergebnisse liegen Empfehlungen vor, wie die *wirtschaftspolitischen Strukturen* verbessert werden könnten („Governance Policy Brief“) und wie die Probleme der *südlichen Peripherie* Europas besser gelöst werden können („Periphery Policy Brief“) Eine bessere Steuerung Europas und die Lösung der Probleme in Südeuropa sind Voraussetzungen für eine offensive, strategiegeleitete Transformation

## Literaturhinweise

- AIGINGER, K., „Industrial policy: a dying breed or a re-emerging phoenix Special issue on the Future of Industrial Policy“, Journal of Industry, Competition and Trade, 2007, 7(3 4), S. 297–323
- AIGINGER, K., „Why Growth Performance Differed across Countries in the Recent Crisis: the Impact of Pre-crisis Conditions“, Review of Economics and Finance, 2011, (4), S. 35–52
- AIGINGER, K., „A Systemic Industrial Policy to Pave a New Growth Path for Europe“, WIFO Working Papers 2012 (421), <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/43653>.
- AIGINGER, K./CRAMME, O./EDERER, S./LIDDLE, R./THILLAYE, R., *Reconciling the short and the long run: governance reforms to solve the crisis and beyond*, WWWforEurope, September 2012 („Governance Policy Brief“)
- AIGINGER, K./EDERER, ST./HANDLER, H./HUBER, P./MAYERHOFER, P./RÜNSTLER, G. *Funktionsfähigkeit und Stabilität des Euro-Raumes*, Kurzstudie des WIFO im Auftrag der Europäischen Kommission, GD Regionalpolitik, Wien, 2010
- AIGINGER, K./EDERER, ST./SCHRATZENSTALLER, M., *Welfare, Wealth and Work for Europe - WWWforEurope. Eine neue Entwicklungsstrategie für Europa. Zielsetzung des Projektes, Konzeption und Konsortium*, WIFO-Monatsberichte, 9/2012, S. 699–705
- AIGINGER, K./HUBER, P./FIRGO, M., *Policy options for the development of peripheral regions and countries of Europe* WWWfor Europe, December 2012 („Periphery Policy Brief“)
- AIGINGER, K./SCHRATZENSTALLER, M., „Consolidating the Budget under Difficult Conditions Ten Guidelines Viewed Against Europe's Beginning Consolidation Programmes“, Intereconomics, 2011, 46(1), S. 36–42
- EDERER, ST./JANGER, J., „Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Österreich unter neuen europäischen Rahmenbedingungen“, WIFO-Monatsberichte, 2011 84(6), S. 421–433, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/41990>
- EDERER, ST./JANGER, J./KANIOVSKI, S./KLETZAN-SLAMANIG, D./BERGER, J./FORTIN, I./HOFER, H./PATERSON, I./SKRINER, E./SCHÖNPFUG, K./SCHUH, U./SCHWARZBAUER, W. *Assessing the Lisbon Strategy 2005–2010 and Estimating Expected Effects from Reaching the EU 2020 Goals*, WIFO, IHS, Wien 2011, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/41747>
- SCHRATZENSTALLER, M., „Zwischen Konsolidierung und Wachstum. Bundesfinanzrahmen 2013–2016, Konsolidierungspaket II und Stabilitätsprogramm“, WIFO-Monatsberichte 2012 85(5) S. 361–380 <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/44376>